

## **Geld soll nicht die Welt regieren, sondern ihr dienen**

### Rede zur Verabschiedung des Doppelhaushalts 2015/16

Seit dem Jahre 2012 befindet sich die Stadt Hattersheim per geschlossenen Vertrag unter dem Schutzschirm des Landes Hessen. Zahlreiche Sitzungen sind der Vereinbarung vorausgegangen. Die Fragen nach dem kommunalen Handlungsspielraum: „Wo kann gespart werden?“ „Wo können Einnahmen generiert werden?“ Eine Sisyphus-Aufgabe, ..... so hatte ich die letzte Haushaltsrede begonnen.

Dieses Jahr stehen wir vor der Verabschiedung eines Doppelhaushaltes. Auch dieses Jahr werde ich Sie nicht mit endlosen Zahlen quälen, derer stehen mehr als genug auf dem 2cm dickem Haushaltsentwurf mit seinen 365 Seiten. Denn was sagen uns allein aufgelistete Zahlenkolonnen, deren Verknüpfungen per EDV-Programm ermittelt werden? Das Zahlenwerk alleine stellt das Rahmenwerk für das, was wir inhaltlich wollen. Daher will ich hier nicht auf Zahlen, sondern auf inhaltliche Aussagen des Doppelhaushalts eingehen.

Die Atempause, die durch eine positive Konjunktur und eine rigorose Haushaltskonsolidierung entstanden ist, sehen wir als erfreulich, aber auch zugleich als Ansporn an. Bei der Erstellung und Verabschiedung handelt es sich um ein immenses Ringen und Abwägen, damit Einnahmen und Ausgaben in einem vertretbaren Verhältnis stehen. Dies gilt auch, wenn die aktuelle Konjunktur günstig ist und die Bürgermeisterin bei der Einbringung des Doppelhaushaltes mitteilen konnte, dass das Defizit 2015 unter 1 Million und im Folgejahr das Ergebnis als ausgeglichen prognostiziert wird.

Bleiben wir trotzdem kritisch. Ein Doppelhaushalt hat natürlich einen längeren Zeithorizont. Die politischen Zielvorgaben gelten für Magistrat und Verwaltung langfristiger als Orientierung. Sicherlich hat die Opposition Recht, wenn sie kritisch anmerkt, dass sich bei einem längeren Planungshorizont gesetzte Erwartungen leichter verändern können. Dies gilt aber sowohl für positive als auch für negative Entwicklungen, insbesondere auf der Einnahmeseite. Aber was soll der Doppelhaushalt denn ausdrücken? Er soll auch verdeutlichen, dass mit einer langfristigen politischen Planungsvorgabe zu rechnen ist. Trotzdem werden in den nächsten beiden Jahren noch viele Entscheidungen notwendig, die dieser Doppelhaushalt noch nicht vorweg nimmt. Das finden wir richtig und gut. Ob der erste Doppelhaushalt in der Stadtgeschichte schon alle Erwartungen zuverlässig leisten kann, wollen wir aufmerksam und lernfähig begleiten.

Die Grünen stehen zu Ihrer Anregung, gerade in der Situation der längerfristigen Schutzschirmvereinbarung, einen Doppelhaushalt aufzulegen. Der Schutzschirmvertrag wurde von den Stadtverordneten doch in den meisten Punkten mit deutlicher Eindeutigkeit beschlossen und bildet den unveränderten Rahmen. Dieses sehen bestimmt auch große Teile der Opposition so. Unliebsame Überraschungen und notwendige Nachtragssatzung ergaben sich dadurch, dass bei den Einnahmen, den kommunalen Steuereinnahmen zu sehr „auf Kante“ genäht worden war. Wir Grüne hatten deutliche Kritik und ja auch keine Mehrheit dafür erhalten, dass wir die Steuereinnahmen im Zuge des legendären 50-Punkte-Programm höher, aber auch verlässlich sicherer ansetzen wollten. Sicherheit, Verlässlichkeit und Berechenbarkeit sind uns politisch gesehen wichtig und passen zu der Erfüllung eines geschlossenen Schutzschirmvertrages, der die Stadt langfristig gesehen zu einer solideren Finanzsituation führen soll.

Nun aber zu den Inhalten des Doppelhaushaltes. Ohne hellseherische Fähigkeiten zu besitzen, kann ich sagen, dass er heute mit der rot-grünen Koalitionsmehrheit beschlossen werden wird. Bei den Inhalten sehen wir einen politischen Kompromiss aus wünschenswerten Zielen und realen Möglichkeiten, einen Kompromiss auch zwischen den unterschiedlichen politischen Zielen der Koalitionspartner.

Der finanzielle Rahmen bei den möglichen Einnahmen wird bestimmt aus kommunalen Einnahmen und den Finanzzuweisungen des Landes, der aus unserer grünen kommunalen Sicht nach wie vor Kritik erntet. Die angekündigte Neuverteilung beim kommunalen Finanzausgleich enttäuscht. Sie erfährt berechtigter Weise breite Kritik, weil nicht mehr, sondern nur anders verteilt wird. Statt einer Mehrzuweisung von Finanzmitteln erfolgt eine Umverteilung. In der Prognoserechnung des Finanzminister soll Hattersheim mehr erhalten könnte, aber ich betone es ist eine Prognose.

Meine persönliche Vision wäre eine regional bezogene Steuerung gemeinschaftlicher Einnahmen und gemeinschaftlicher Ausgaben, die aus der Region und für die Region wirken. So übernimmt unser Hattersheim heute schon in der Region eine Fürsorge zum Wohnen der unterschiedlichen Generationen, sozialen und nationalen Herkunft. Eine andere Kommune übernimmt die Funktionen zum Einkaufen, wieder eine andere die Unterkunft des Finanzgewerbes, die Metropolstädte die der hochwertigen Kultur und Bildung. Andere gewährleisten die Freizeitangebote, der noch intakten Natur oder im Gegensatz dazu die der Drehscheibe des Weltgeschehens. Alle Kommunen der Region wirken zahnradartig zusammen, jede übernimmt nach ihren Stärken und Schwächen Aufgaben und Funktionen, die in einem Stadtprofil darzustellen wären. Daraus resultieren Vorzüge aber auch z.T. die Bewältigung anspruchsvoller Aufgaben. Daran sollte sich die Finanzierung und Finanzverteilung orientieren. Das heute noch

vorherrschende Hase- und Igelprinzip ist absolut überholt, ist „out“. Dieses System nachhaltig zu verbessern, ist eine gewaltige Herausforderung, der sich zukünftig kreativ zu stellen ist.

Bei den kommunal eigenbestimmbaren Einnahmen hatten die Grünen, wie bereits erwähnt, im Rahmen des 50-Punkteprogramms mehr Mut zu höheren Festsetzungen gezeigt, weil uns gerade auch die richtigen Ausgaben wichtig waren, sind und bleiben. Wir nehmen durch die eigenverantwortliche Anpassung bei den Kindergarten- und Betreuungsgebühren zwar mehr ein, aber nur in dem Maße wie Tarifierhöhungen und Lebenskostensteigerung es erforderlich machen. Ich erinnere daran, dass wir eine regelmäßige Anpassung beschlossen hatten, weil dieses im Rahmen der Schutzschirmvereinbarung Gegenstand wurde. Wenn heute von denen, die diesem nicht zustimmen, argumentiert wird, dass eine Anpassung auch nach unten erfolgen könne, geht das über den realen Hintergrund hinweg. Abgesehen von den Zinsen steigt die Gesamtheit der Lebenshaltungskosten. Sie wird teurer und ist nicht niedriger geworden. Dies wird auch so bleiben, daher sehen wir, dass auch andere Gebühren angemessen angepasst werden müssen. Auch wenn dieses im Doppelhaushalt noch nicht deutlich enthalten ist, können wir uns solche Verbesserung vorstellen, um drohende Verschlechterungen dann auszugleichen.

Wenn von einem ausgewogenem Doppelhaushalt die Rede ist, von einer „schwarzen Null“ gesprochen wird, wird leicht vergessen, dass erforderliche Investitionen in die Zukunft verlagert werden. Hierzu gibt es dank der Kämmererin im Vorbericht dieses Mal deutliche Aussagen. Das ist neu. In früheren Jahren wurde zu Gunsten einer besseren Haushaltsgestaltung hier schon im Vorfeld gekürzt und anschließend von der Opposition der Baudezernentin als deren Fehler vorgeworfen. Noch mehr müsste investiert werden, aber hier müssen wir warten, bis die entsprechenden Einnahmen durch planmäßiges Agieren und Veräußerungen getätigt werden können.

Die nachträgliche Verlagerung von Investitionsmitteln weg vom Fahrbahnstraßenbau hin zu erhaltenswerten Hochbauliegenschaften ist dem geschuldet, dass die antragstellenden Koalitionsfraktionen den Abwägungsprozess nachbewertet haben. „Wo können Investitionen optimiert Folgekosten sparen?“

Ein „Solist“, der dies in den Ausschussberatungen kritisiert und von „baulichen Spielwiesen“ spricht, gleichzeitig aber mit eigenem Antrag geltende Beschlüsse bezüglich der Stadthalle durch Eigeninvestitionen zurückholen möchte, darf sich über Ablehnung seines Antrags nicht wundern. Durch die breite Ablehnung dieses Antrages, wurde sogar deutlich, dass hier auf die Umsetzung gefasster Beschlüsse gewartet wird. Anderenfalls sind neue Konzepte gefragt.

Auch wenn wir bereits im Vorfeld eines noch zu erstellenden Stadtprofils grundsätzlich einen Stadthallenbetrieb für erstrebenswert halten, ist für die Grünen sicher, dass wir uns auf lange Sicht jährlich keine hohen Zuschüsse mehr leisten können und leisten wollen. Auch ist noch die Frage offen, wie es mit dem Werkstattgebäude weitergehen wird. Weder eine längere Brache im Neubaugebiet, noch ein neues und dauerhaftes Zuschussprojekt sind für uns zielführend. Der Betrieb vom Freibad wird zukünftig auf die Stadtwerken übertragen, für uns aber mit dem Ziel, dass die Zuschusshöhe reduziert und nicht nur verlagert wird.

Wir erwarten aber noch mehr von dem Doppelhaushalt als zahlenmäßig drin steht. Diese Mehrererwartung ist mehrfach zu verstehen. Die Hattersheimer Grünen erhoffen sich Mehreinnahmen, die dann erfolgen, wenn gefasste Beschlüsse umgesetzt werden, umgesetzt werden können. Wir halten es aber grundsätzlich für besser, vorsichtig mit erhofften Einnahmen zu rechnen, als solche vorschnell einzuplanen. Erwartungen haben wir auch bei der Jugendarbeit; hierfür werden Gelder bereitgestellt, die bisher bei den Ferienspielen ein gewähltes Angebot ermöglichen. Meine Damen und Herren es erschreckten Medienberichte, dass Jugendliche aus welchen Gründen auch immer, rattenfängermäßig verführt werden und fern von zu Hause mit anerzogener Respektlosigkeit sich aggressiv verselbstständigen. Nicht abwarten ist richtig, sondern Solchem ist frühzeitig vorzubeugen. Hierfür ist es wert, auch in einem knapp geschnittenen Doppelhaushalt Gelder bereit zu stellen. Für was sollen Gelder sinnvoller ausgegeben werden als für eine respektvolle, sozialverantwortungsvolle und verbindende Gesellschaft. Brücken verbinden, Brücken planen, Brücken bauen, denn sie bilden das Rückrad einer sozialen Stadt. Sie verbinden oft, aber nicht immer, wenn man oppositionellen Kritiker glauben wollte. Eine immer wiederkehrende Kritik an ein und demselben Bauvorhaben, ist das nicht eher das Zeichen, dass mehr nicht zu finden ist?

Meine Damen und Herren, wir reden bei diesem Tagesordnungspunkt zum Doppelhaushalt, zu den städtischen Finanzen. Aber das ist doch kein Selbstzweck, eigentlich ist das Entscheidende, was wir uns mit dem städtischen Haushaltsgeld leisten wollen und können.

Gute Angebote für Kinder und Senioren sind enorm wichtig und wollen wir weiter finanzieren und unterhalten. Gleichwohl dürfen für uns Grüne auch hier kreative Ideen zu finanziellen Einsparungen führen, darin sehen wir weder ein Tabu noch einen Widerspruch. Nicht das Teuerste und Neueste ist das was wir brauchen, das Beste kann sogar im wahrsten Sinne des Wortes preis-werter sein.

Wichtig ist und bleibt uns das sozialverträgliche Gefüge der Stadt. Dazu bedarf es einer durchdachten Stadtplanung und Stadtentwicklung. Sie kann leider nicht eine gute Objektplanung ersetzen. In einem Baugebiet mit gleichen Satzungsfestsetzungen entstehen sehr unterschiedliche

Bebauungsqualitäten, mit denen Menschen dann Jahrzehnte leben müssen. Solange Wohnungsbauunternehmen und Investoren an erster Stelle gewinnmaximierend denken und handeln, liegt die Schuld nicht bei der Stadt, wenn Gutachten erforderlich werden. Daher werden hier Finanzmittel für eine gute Beratung und Unterstützung durch externe Fachberater benötigt. Eine Kürzung der von Magistrat und Verwaltung vorgesehenen Mittel wäre ein falsches Signal.

Auch wie weit wir zusammenrücken sollen, können, müssen ist eine Frage dessen, was wir uns leisten können. Ob das Schaffen von Wohnraum für HattersheimerInnen, neu Hinzuziehende, die ihre wirtschaftliche Zukunft planen oder die Menschen, die vor brutalen Misshandlungen oder blindwürdigem Hass flüchten, als abgeschlossen angesehen wird, bleibt weiter offen. Wenn wir jetzt darüber beschließen, welche unbebauten Flächen wir für eine Bebauung freigeben und veräußern wollen, müssen wir achtsam sein, wie weit wir eine flächensparende Bebauung treiben. Flächensparsame Stadtentwicklung, aber auch der sorgsame Umgang mit Naturressourcen findet unsere volle Unterstützung. Aber gerade öffentliche Flächen, Quartiere und Treffpunkte sind wichtige Orte, für ein intaktes Wohnumfeld.

Auch wenn wir heute einen Doppelhaushalt beschließen, bleiben für die nächsten Jahre noch genug wichtige Punkte, über die wir hier beraten und beschließen müssen. Offene Projekte müssen wir gut vorbereitet, aber bitte auch zügig und konsequent umsetzen, um für neue Aufgaben den Kopf frei zu bekommen. Ideenreichtum ist gefragt, nicht um Qualitäten und Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu kürzen, sondern um den Ergebnishaushalt zukunftsmäßig zu optimieren. Hierfür bedarf es einer gut aufgestellten und motivierten Verwaltung, bei der wir uns für die Vorbereitung der parlamentarischen Arbeit bedanken. Dies gilt bei der Haushaltsthematik in besonderem Maße für die Finanzverwaltung.

Viele Vorhaben, wie z.B. die zukünftige Verwendung und Verkäufe von Liegenschaften werden uns fordern und mehr als wünschenswert beschäftigen. Lassen Sie mich mit drei Bemerkungen schließen:

- ★ Die diesjährigen Beratungen in den Ausschüssen waren geprägt von weniger Anträgen und erfreulicherweise auch von weniger hitzigen Argumentation. Wir wünschen uns, dass dieses Schule macht. Bei allen denkbaren Gegensätzen sollte die Sachlichkeit vorherrschen; persönliche Angriffe sind zu unterlassen.
- ★ Ein sehr persönliches Wort: mich und auch andere aus unserem Kreis hat dieses Jahr eine persönliche Schicksalsentscheidung ganz besonders tief getroffen. Lassen Sie uns in Wortwahl und Taten sensibel sein. Jeder sollte bedenken, wie man mit Worten

treffen, verletzen und in die Ausweglosigkeit treiben kann. In einem sehr persönlichen „Möbelhausgespräch“ habe ich hierzu Zustimmung erhalten, leider blieb ein öffentliches Bekenntnis dazu aus.

- ★ Der Antrag der Grünen, sich aus der Vergangenheit lernend für die Zukunft von Gewalt zu distanzieren und dazu symbolisch gequälten Frauen ihre Ehre wieder zu geben erntete Kritik. Doch wir wissen sehr wohl, warum wir diesen Antrag stellten. Gerade aus der wichtigen Erkenntnis heraus, dass nicht nur Geld die Welt und Hattersheim regieren soll. Es bleibt wichtig auf andere Werte zu setzen. Geld ist kein Selbstzweck, sondern nur ein Mittel zum Zweck. Wichtigstes Ziel ist uns eine Stadt der Menschlichkeit. Allerdings braucht man für deren Realisierung auch die finanziellen Mittel.

In diesem Sinne werden die Grünen dem Doppelhaushalt wie durch die Ausschüsse empfohlen zustimmen.

f.d.R.

Winfried Pohl

Fraktionssprecher von Bündnis 90/Die Grünen Hattersheim